

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Das untere Blatt  
für ein Jahr monatlich 12.00 Mark.  
Bezahlungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeigen die Postämter  
an. — Einmal monatlich.  
Bezugspreis: Anschlag Nr. 33.  
Telegraphische Anzeigergebirge.

Bezugspreis: Das obere Blatt  
für ein Jahr monatlich 12.00 Mark.  
Bezahlungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeigen die Postämter  
an. — Einmal monatlich.  
Bezugspreis: Anschlag Nr. 33.  
Telegraphische Anzeigergebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 65

Freitag, den 17. März 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Entgegen anderlautenden Mitteilungen in der französischen Presse wird die nächste Bezahlung Deutschlands am Fälligkeitstermin, dem 18. März d. J., pünktlich beglichen werden.

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsorganisationen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne haben zu einer Einigung geführt.

Nach dem Wortschritt soll vor einigen Tagen in Berlin zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission ein Sachlieferungsvertrag abgeschlossen worden sein, nach dem Italien vorläufig in Waren bezahlt wird.

Chamberlain erklärte gestern im Unterhaus die Namen der britischen Delegierten für die Genueser Konferenz ständen noch nicht endgültig fest, jedoch würden sich Lloyd George und Lord Curzon darunter befinden.

In der nächsten Zeit wird Marshall Joffre nach Japan kommen, um Einzelheiten eines französisch-japanischen Abkommens bezüglich Sibiriens festzulegen.

### Das Reparationsgespenst.

Von besonderer Stelle wird dem Amer Tageblatt geschrieben: Das Reparationsgespenst geht wieder einmal um. So oft die Reparationskommission der Alliierten oder deren Finanzminister sich an den grünen Tisch gesetzt haben, ist ein Aufschrei durch die Welt gegangen. Stimmte auch so die Entscheidung kommen, daß bei dem jetzigen Reparationsabkommen, trotz allem Erfüllungswillen der Reichsregierung, die Welt nicht gefunden kann. Aber es scheint, als sei der Lichtstrahl auch dieses Mal noch nicht bis Paris vorgebracht. Die Nachrichten, die vorläufig noch verworren und unbestimmt, aber doch im Kern schon leidlich scharf unrisieren, aus der Heimatstadt kommen, sind wenig geeignet, in Deutschland beruhigend zu wirken. Es soll so scheinen, daß den Beschlüssen von Cannes bleiben, die von Deutschland im laufenden Jahre 720 Millionen Goldmark und Warenlieferungen in Höhe von 1450 Millionen Goldmark verlangen. Frankreich, dessen frühere und jetzige Regierungen sich nun einmal auf das unendliche Wälken haben zu setzen, hat damit noch nicht zufrieden und darf sich nach außen hin damit nicht zufrieden geben, weil die große Masse des französischen Volkes nun endlich einmal das Versprechen seiner Regierungen eingelöst und deutsches Geld sehen will. Ob den Herren um Poincaré nicht doch schon manchmal ob ihrer Gottähnlichkeit banne wird? Vorläufig scheint es noch nicht so. Frankreich will nämlich Garantien verlangen und darin werden ihm die anderen Alliierten wahrscheinlich bestimmen. Aber wie sehen diese Garantien aus? Deutschland soll seine Post- und Eisenbahntarife weiter erhöhen. Soll seinen Staatshaushalt in Stand setzen, soll der Kapitalmarkt steuern und die Banknotenreform durchgeführt werden und — alles das unter der Finanzkontrolle der Alliierten.

Das nennt die Reparationskommission Garantien. Wie immer bei den Beschlüssen dieser, wie es scheint, von allem gesunden Menschenverstand verlassenen Kommission, fragt man sich vergeblich, ob die Kommissionmitglieder aus der Vergangenheit nichts gelernt haben oder ob sie nicht sehen wollen. Deutschland leidet unter einer unerhörten Steuerlast, der Postverkehr ist sehr stark, der Eisenbahnverkehr weniger sichtbar, aber doch ebenfalls erheblich zurückgegangen, die Nahrungsmittel, selbst das unbedingt notwendige Brot, haben eine nie gekannte Preissteigerung erfahren und überall droht der Hungertod. Gerade jetzt liegt dem Reichstag das neue Mantelgesetz, das die Zwangsanleihe beschließt, liegen ihm vielmehr tief in die Volkswirtschaft einschneidende Steuerergänzungen vor. Der Reichstag wird Mantelgesetz und Steuern annehmen und es wird doch nichts ganz Neues nützen. Die Ereignisse der Zwangsanleihe und der neuen Steuern werden die Finanzen des Reiches nicht sanieren, die ganze Arbeit kann

von vorn beginnen, eine Stillehsarbeit. Der einzige Weg aber, Deutschland zu helfen, die große internationale Anleihe, wird wahrscheinlich nicht beschritten werden, die Reparationskommission hält dieses Problem für schwer lösbar. Es bleibt alles beim Alten, nur mit dem Unterschied, daß jetzt den Alliierten unaufrichtig vor sich gehen muß; mit dem Beispiel Deutschlands vor Augen raft Deutschland dem Abgrund zu.

### Also doch!

#### Die Einladung für Genua.

Der italienische Botschafter hat in Berlin eine Note der italienischen Regierung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Genueser Konferenz endgültig auf den 10. April festgelegt worden ist.

Die Verschönerung von Genua, die bisher nicht Leben und nicht sterben konnte, wird also nun doch zur Tatsache. Die erneute Einladung der italienischen Regierung an die deutsche für den 10. April beweist es. Nach den zahlreichen und durchaus noch nicht beendeten französischen Sabotageversuchen wird man ohne weiteres sagen dürfen, daß es der Hartnäckigkeit des englischen Premierministers zu danken ist, daß die Konferenz jetzt überhaupt zustande kommt bezw. nicht vor neuem auf längere oder unbestimmte Zeit verschoben worden ist. Lloyd George liegt die Konferenz, die, wie der neue italienische Ministerpräsident de Facta in seiner Kammerrede erklärt hat, dazu berufen ist, der Annäherung der Völker und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu dienen, so sehr am Herzen, daß er seine Rücktrittsabsicht vertagt hat, um sie als Premier noch mit zu erleben. Er scheint sich also einen starken persönlichen Erfolg davon zu versprechen und unter diesem Eindruck die Neuheiten herbeiführen zu wollen. Nimmt man dies an, so möchte man sich annehmen, daß er mit seiner Nachspieligkeit gegen Frankreich endgültig Schluß zu machen gesonnen wäre. Dagegen spricht freilich der neueste englisch-französische Austausch über die militärische Kontrolle Deutschlands. Nimmt man dazu die Unwissenheit des wichtigsten Faktors, Amerikas, so kann man immer nur die Mahnung wiederholen, mit recht gemäßigtem Optimismus dieser Konferenz entgegenzusehen, trotzdem hier zum ersten Male Sieger und Besiegte gemeinsam über gemeinsame Interessen beraten.

#### Die deutschen Vorbereitungen für Genua.

Während die ausländischen Zeitungen täglich Meldungen über die Vorbereitungen ihrer Regierungen auf Genua bringen, hat die deutsche Presse über ähnliche Vorbereitungen der deutschen Regierung bisher nichts zu berichten gewillt. Wie der Berliner Vertreter des Amer Tageblattes erzählt, sind aber bereits seit Wochen auch innerhalb der verschiedenen deutschen Reichsministerien die Vorarbeiten für Genua in vollem Gange. Sie beziehen sich naturgemäß nicht bloß auf die Sicher in Genua zur Erörterung kommenden Probleme, sondern umfassen auch die Fragen, die mehr oder minder wahrscheinlich dort offiziell oder offiziell besprochen werden dürften. Daraus erklärt sich auch, daß eine ganze Anzahl von Reichsministerien an dieser vorbereitenden Arbeit beteiligt ist. Natürlich hat das Auswärtige Amt die Führung. Ueber die deutschen Delegierten für Genua sind noch keine Bestimmungen getroffen.

### Noch acht Jahre Ententekontrolle?

So bald die alten Diplomaten der Entente in Paris zusammenfinden, kommt etwas Unheilvolles heraus. Jetzt hat die Berliner Botschafterkonferenz über die Aufrechterhaltung der Kontrolle in Deutschland beraten, und dabei haben die Franzosen die ungeheuerliche Dreistigkeit besessen, eine Ententekontrolle noch für acht Jahre zu fordern. Graf Forza, der die Gabe besitzt, Gemeinheiten und Vertragsbrüche mit der Äußerung diplomatischer Höflichkeit zu versehen, soll den Vermittlungsvorschlag gemacht haben, die achtjährige Dauer zu umfänglich zu beschließen, aber wenn Deutschland guten Willen zeige, solle der Völkerverbund vor dem Termin mit der Ueberwachung betraut werden. Der englische Vertreter soll vorgeschlagen haben, von Deutschland die Zustimmung zu dieser nicht im Friedenvertrag begründeten Maßnahme dadurch zu erpressen, daß man um vor die Wahl stellt, entweder den Beschluß anzuerkennen oder aber noch länger die Befragung der Führer mit anzusehen. Man sieht, die Entente diplomatie ist genau noch auf der Höhe der Vorkriegszeit, wo man in ihren Konventionen die unheilvollsten Dinge ausbrütete, die die Atmosphäre schließlich für den Ausbruch des Krieges reif machte. Auch die neuen Ententeforderungen hinsichtlich der Organisation

der Schupo zeigen, daß wir noch auf absehbare Zeit mit dem bösen Willen jener bössartigen Kreise zu rechnen haben, die sich unmaßen, die sogenannte Kulturwelt zu vertreten.

### An die deutsche Jugend

richten der Reichsbund deutscher demokratischer Jugendvereine und die Verbände der Jungsozialisten und der Arbeiterjugend einen Aufruf, in dem es heißt: Am Jahrestage der Märzrevolution 1848 rufen wir an die republikanisch gestimmte Jugend Deutschlands die Aufforderung, unermüdet den republikanischen Gedanken in alle Kreise der deutschen Jugend zu tragen und der jungen demokratischen Republik in ihren Reihen einen festen Rückhalt zu schaffen. Der Idealismus der Jugend muß den Geist der freien demokratischen und sozialen Republik, die durch die Verfassung von Weimar ihre äußere Form erhalten hat, in allen Herzen lebendig werden lassen. Nur die Republik ermöglicht die Befreiung unseres Vaterlandes, nur sie bietet die Grundlage für die notwendige wirtschaftliche und kulturelle Fortentwicklung der Völker. Das vor zwei Jahren am 18. März zusammengebrochene verbrecherische Regime hat gezeigt, daß schwere Gefahren die Republik bedrohen. Im Kampf gegen diese Gefahren steht die republikanisch gestimmte Jugend Deutschlands fest zusammen.

### Erhöhung der Güter- und Tierartise.

#### Ab 1. April 40 Prozent Erhöhung.

Der Reichsverkehrsminister hat gestern den Regierungen der Länder und den Mitgliedern des vorläufigen Reichsrates mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die starke Erhöhung der Ausgaben der Reichsbahn am 1. April d. J. eine Tarifserhöhung nötig sei. Die sachlichen Mehrkosten, die der Reichsbahn durch die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit durch die Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf mindestens 14,5 Milliarden zu beziffern. Die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Löhnerhöhungen werden eine weitere Belastung der persönlichen Kosten der Reichsbahn um 8,5 Milliarden bringen, so daß eine Gesamtmehrbelastung der Reichsbahn für den kommenden Haushalt um 23 Milliarden eintritt.

Damit steigen die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes für 1922 von 73,8 Milliarden auf rund 97 Milliarden Mark oder um rund 31 Prozent. Bei der Umgleichung dieses Gehaltsumsatzes sollen die Personentarife und Gebührentarife gespart werden. Deshalb ist es erforderlich, die Güter- und Tierartise entsprechend stärker heranzuziehen. Die seit 1. März geltenden Güter- und Tierartise sollen vom 1. April ab unter Grundlegung der Tarife vom 1. Februar um rund 40 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung der Frachten für Eilgut hat auch eine entsprechende Steigerung der Expressgutfrachten zur Folge, jedoch wird von einer Erhöhung der Mindestfracht für Expressgut abgesehen. Eine Erhöhung der Personentartise ist nicht in Aussicht genommen.

### Deutscher Reichstag.

— Nun war also endlich die Stunde gekommen, in der der Schlusssitz über die Steuerborlagen anhub, und man darf zunächst mit Befriedigung feststellen, daß auch die Opposition, insofern sie gestern in der Person des Abg. Dr. Helfferich zu Worte kam, an die Vorlagen sachlich und im großen und ganzen angemessen heranging. Allerdings ließ Helfferich seiner Gewohnheit gemäß keine Gelegenheit unbenutzt, wo eine parteipolitische und taktische Spitze anzubringen war, dies zu tun. Die gestrige Sitzung begann im üblichen unter recht unerschwerlichen Umständen. Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß das Haus ungenügenden Besuch aufwies, und besonders ist dies in den letzten Tagen bei der Beratung des Frankfurter Monopols zutage getreten, die deshalb wiederholt vertagt werden mußte. Auch gestern konnte sie nur unter größten Schwierigkeiten zu Ende geführt werden, denn schon eine halbe Stunde nach Sitzungsbeginn sah man sich wieder in derselben Situation, in der die äußerste Linke ihrer Abneigung gegen die Monopolvorlage durch den Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses Ausdruck verlieh und die Uebernahme einer neuen Sitzung durchsetzte. Der Entwurf wurde dann im wesentlichen unverändert in zweiter Lesung angenommen. Darauf leitete Dr. Hermes die Steuerdebatten ein. Als er sich erhob, bewunderte die äußerste Linke einen